

Den Sturm unterschätzt

Die gescheiterte Auslagerung von MeteoSchweiz verursachte Kosten in Millionenhöhe

Von Alan Cassidy, Bern

Deutlicher könnte das Signal nicht sein. Seit Jahren wird auf die Auslagerung des Bundesamts für Meteorologie (MeteoSchweiz), des staatlichen Wetterdiensts, hingearbeitet. Doch nachdem sowohl die Finanz- wie auch die Umwelt- und Energiekommissionen des Nationalrats kürzlich einstimmig beschlossen, nicht einmal auf die Gesetzesvorlage des Bundesrats einzutreten, ist das Projekt chancenlos. Was zeigt der Fall MeteoSchweiz? Er wirft erstens Fragen auf zum Vorgehen einer Bundesbehörde, die mit teils zweifelhaften Argumenten auf ihre Verselbstständigung hinarbeitete. Und er ist zweitens ein Lehrstück darüber, wie effektiv politisches Lobbying sein kann.

Die Auslagerung hätte für MeteoSchweiz bedeutet, die Wetterdaten aus seinem umfangreichen Messnetz ab 2014 kostenlos zugänglich zu machen. Um die wegfallenden Gebühren zu kompensieren, hätte der Wetterdienst seine Dienstleistungen vermehrt auf dem Markt anbieten müssen. Dieser Markt ist indes klein und heftig umkämpft: Sechs private Anbieter mit insgesamt 150 Mitarbeitern erwirtschaften gemeinsam einen Umsatz von 20 Millionen Franken. Sie fürchteten um ihr Geschäft, wenn die ungleich grössere MeteoSchweiz mit 350 Mitarbeitern auf den Markt drängen würde.

Der Widerstand kam plötzlich

Als der Bund im Juni 2011, kaum beachtet, die Vernehmlassung über die geplante Auslagerung startete, war zunächst keine Gegenwehr auszumachen. Mehrere private Wetterdienstleister, die durch die neue Konkurrenz am meisten betroffen wären, wurden gar nicht erst zu einer Stellungnahme eingeladen. Stattdessen schaltete MeteoSchweiz bereits Stelleninserate, in der im Hinblick auf die «geplante rechtliche Verselbstständigung» und die verstärkte unternehmerische Ausrichtung nach einem «Business Development Manager» gesucht wurde, der «neue Geschäftsfelder und Kundensegmente» identifizieren sollte. Der Markt für Wetterdaten, hiess

es im erläuternden Bericht zur Gesetzesvorlage knapp, funktionierte nicht.

Der Tatendrang der Wetterbehörde zwang die privaten Anbieter, aktiv zu werden. Praktisch über Nacht gründeten sie den Verband der Schweizer Meteo-Anbieter (SMA), dem fünf der sechs Wetterdienstleister angehören. Als Verbandsjurist tritt der Basler Medienanwalt Jascha Schneider auf, der zugleich Verwaltungsratspräsident der MeteoNews AG in Zürich ist. Er munitierte sich mit einem Auftragsgutachten des Berner Rechtsprofessors Eugen Marbach, das die Auslagerung von MeteoSchweiz als verfassungswidrig taxierte, da es gegen die Wirtschaftsfreiheit verstosse.

Niemand rechnet mit Zustimmung

Während der Vernehmlassung in den beiden letzten Sessionen des Parlaments und besonders im Vorfeld der entscheidenden Sitzungen der Nationalratskommissionen bearbeiteten Schneider und seine Mitstreiter Peter Wick (Geschäftsführer von MeteoNews) und Stefan Kunz (Chef von Meteotest und SMA-Präsident) die Parlamentarier so weit, dass die Auslagerung nun gleich ganz verworfen wurde. Vor allem bürgerliche Mitglieder der Umwelt- und Energiekommission liessen sich vom Argument überzeugen, der Markteintritt von MeteoSchweiz sei schädlich für die privaten Anbieter.

Linke Kommissionsmitglieder solidarisierten sich hingegen mit den Angestellten von MeteoSchweiz, die mit der Auslagerung ebenfalls unzufrieden sind. Sie befürchten Stellenabbau und beklagen eine schlechte Stimmung im Amt. «Bereits heute ist die Ambiance mit einer Gewitterlage zu vergleichen», schrieb die Generalsekretärin des Bundespersonalverbands (PVB), SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi, in der PVB-Hauszeitung.

Von links bis rechts war man sich schliesslich einig: Die Auslagerung der staatlichen Wetterbehörde schaffe kaum Nutzen, sondern bloss Probleme. Weder in der Finanz- noch in der Umwelt- und Energiekommission fand sich schliesslich ein Mitglied, das sich für die



Ungemütlich. Die Stimmung bei MeteoSchweiz ist mit einer Gewitterlage zu vergleichen.

Foto Keystone

Reform aussprach. Zwar gelangt die Gesetzesrevision in der Sommersession in den Nationalrat und danach in den Ständerat, doch im Innendepartement von Bundesrat Alain Berset rechnet niemand mehr damit, dass die Verselbstständigung doch noch zustandekommt.

Kosten von zwei Millionen Franken

Der Direktor von MeteoSchweiz, Christian Plüss, hat bereits alle Arbeiten und Aufträge gestoppt, die unmittelbar mit der geplanten Reform zu tun haben. Dazu gehört auch der Kauf einer umfangreichen Software für die Ressourcenplanung. «Natürlich ist der Frust spürbar», sagt Plüss. Das Lobbying der privaten Dienstleister sei Teil des politi-

schen Prozesses. «Es bestand aber von unserer Seite nie die Absicht, die privaten Anbieter aus dem Markt zu verdrängen.» Er betont, die Auslagerung seiner Behörde gehe zurück auf einen Auftrag des Parlaments.

Das sieht FDP-Nationalrat Peter Mälama anders. «Dem Steuerzahler sind hohe Kosten entstanden, weil eine Behörde aus Eigeninteresse ein Gesetz schaffen lassen wollte, von dem nur sie profitieren würde.» Der Bundesrat müsse darlegen, wie viel die Vorarbeiten für die Reform gekostet hätten. Christian Plüss nennt auf Anfrage bereits heute Zahlen: Zwei Mitarbeiter hätten sich vollamtlich um das Auslagerungsprojekt gekümmert, insgesamt hätten

20 bis 30 Mitarbeiter daran gearbeitet. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund zwei Millionen Franken.

Geld also, das man sich hätte sparen können? Plüss verneint. Und er betont: Die Kosten erfassten viele Arbeiten, die ohnehin fällig geworden wären. Der Versuch einer Gesetzesrevision sei deshalb nicht nutzlos gewesen. «Wir haben unter dem Druck des Prozesses die Bedürfnisse unserer Kunden verstärkt ins Zentrum gestellt, den Kontakt zu den Privaten intensiviert, die Transparenz erhöht und unsere Abläufe effizienter gemacht», sagt Plüss. Wie sich MeteoSchweiz zukünftig organisiert, ist offen: Departementschef Alain Berset muss dem Amt einen neuen Auftrag erteilen.